

Die Präsidentschaftswahlen in Kolumbien: Kurzanalyse

Schwarz-Herda, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwarz-Herda, M. (2010). *Die Präsidentschaftswahlen in Kolumbien: Kurzanalyse*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58286-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

Juli 2010/2

Die Präsidentschaftswahlen in Kolumbien

Mag. Markus Schwarz-Herda

In Kolumbien wurde am 20. Juni, der bisherige Verteidigungsminister Juan Manuel Santos im zweiten Wahldurchgang mit überzeugender Mehrheit zum neuen Präsidenten des Landes gewählt. Er wird damit am 7. August den in der kolumbianischen Bevölkerung sehr populären Präsidenten Alvaro Uribe Vélez ablösen, dem der Verfassungsgerichtshof am 26. Februar dieses Jahres eine dritte Amtszeit und damit ein neuerliches Antreten zu den Wahlen untersagt hat. Es ist zu erwarten, dass Santos im Grunde die Politik seines Vor- und Parteigängers Uribe fortsetzen und ebenfalls den Sicherheitsaspekt in Form des Kampfes gegen die FARC¹ und den ELN² in den Mittelpunkt seiner Politik stellen wird. Um einer Lösung des langjährigen Konfliktes in Kolumbien tatsächlich näher zu kommen, wird die neue Regierung jedoch in wichtigen Bereichen mit großen Herausforderungen konfrontiert sein:

- Sicherheitssektor: Die nur unvollständige Demobilisierung Paramilitärischer Einheiten, das Auftreten neuer illegaler bewaffneter Gruppen, der nur mangelhafte Erfolg im Kampf gegen den Drogenhandel – trotz massiver Unterstützung durch die USA – und die kontinuierliche, wenn auch geschwächte Präsenz und Operabilität der FARC und des ELN machen eine Überprüfung und Anpassung der aktuellen Sicherheitspolitik notwendig.
- Menschenrechte und soziale Sicherheit: Um die Basis für einen langfristigen Frieden im Land zu manifestieren, sollte auch die Beseitigung grundlegender sozialer Probleme stärker in den Vordergrund treten. Die Suche nach nachhaltigeren Entwicklungsprogrammen für den marginalisierten ländlichen Raum, der Kampf gegen die hohen Arbeitslosenzahlen, die extrem ungleiche Vermögensverteilung, ein aktiver Schutz der Menschenrechte und effektive Strafverfolgung bei Gewaltverbrechen sind hier nur einige Punkte die dringenden Handlungsbedarf aufweisen.
- Korruption und Rule of Law: Die Bekämpfung der Einflussnahme krimineller und paramilitärischer Gruppen auf führende Sektoren in Politik und Militär stellen eine große Herausforderung dar.³ Korruption und Klientelismus müssten drastisch reduziert werden.
- Außenbeziehungen: Die Entemotionalisierung der Außenbeziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn Ecuador und vor allem Venezuela (als zweitwichtigstem Handelspartner Kolumbiens) sind Voraussetzung für die notwendige Regionalisierung der Bemühungen um ein Ende des bewaffneten Konflikts in Kolumbien sowie einer effektiven regionalen Bekämpfung des Drogenhandels.

¹ FARC - Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens)

² ELN - Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee)

³ Dies wurde zuletzt im sogenannten *parapolitica*-Skandal aufgedeckt. Nähere Erläuterungen dazu folgen weiter unten.

Die Ausgangslage:

Der rechtskonservative Präsident Uribe hat mit seiner Politik der „*seguridad democrática*“ (demokratische Sicherheit) in den letzten acht Jahren seiner zwei Amtszeiten eindeutige Prioritäten gesetzt. Unter massivem Militäreinsatz und mit starker finanzieller und technologischer Unterstützung der USA im Rahmen des primär zur Bekämpfung des Drogenhandels in Kolumbien eingerichteten „*Plan Colombia*“ hat die Administration Uribe wesentliche Erfolge im Kampf gegen die in weiten Teilen des Landes agierende Guerillabewegungen FARC und ELN erzielt. Die vor wenigen Jahren noch katastrophale Sicherheitslage konnte seither besonders in den Städten und entlang wichtiger Transferrouen des Landes deutlich verbessert werden. Außerdem wirkte sich die erhöhte Sicherheitslage positiv für ausländische Direktinvestitionen aus und leistete damit einen Beitrag zum stabilen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, das besonders durch die Exportwirtschaft getragen wird. Empfindliche Schläge gegen die Führungsstrukturen der Guerilla sowie spektakuläre Befreiungen langjähriger Geiseln – allen voran die Befreiung der franco-kolumbianischen ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Beantcourt – brachten in letzter Zeit die notwendigen und medienwirksamen Erfolge. Die kontinuierlich hohen Popularitätsraten von nahezu 80% für den sehr eloquent auftretenden Uribe sind primär auf diese veränderte Sicherheitslage zurückzuführen. Dennoch kontrollieren sowohl FARC als auch ELN heute noch Teile des Landes, haben ihre internen Strukturen stärker dezentralisiert und damit ihre Operabilität nicht vollständig eingebüßt. Vor allem sind es aber strukturelle Probleme wie die extreme Ungleichverteilung des Wohlstandes, die Marginalisierung der Landbevölkerung und ein mangelhaftes Gesundheits- und Bildungssystem, die auch heute noch das Land prägen.

Als Erfolg sieht die nun scheidende Administration, der bis zuletzt der neue Präsident Santos als Verteidigungsminister angehörte, auch die Demobilisierung der rechten Paramilitärs (AUC)⁴. Das in diesem Zusammenhang im Jahr 2005 beschlossene Demobilisierungsgesetz „*Justicia y Paz*“ sieht als Gegenleistung für Geständnisse ehemaliger Paramilitärs zu begangenen Straftaten eine deutliche Strafreduzierung sowie Reintegrationsprogramme in die Zivilgesellschaften vor. Ziel soll es sein Verbrechen der vergangenen Jahre offenzulegen, die Wahrheit ans Licht zu bringen und eine Wiedergutmachung für die Opfer zu ermöglichen. Im Prinzip stellen diese Bemühungen einen wichtigen Beitrag im Diskurs zwischen Tätern und Opfern dar und können als Beitrag zur Suche nach einer langfristigen politischen Lösung verstanden werden. Von Menschenrechtsgruppen und internationalen Beobachtern wird das Demobilisierungsgesetz jedoch besonders in seiner Umsetzung als mangelhaft und ineffizient kritisiert. Durch Überlastung und unvollständige Verfahren – so die Kritik – würde meist lediglich der Strafreduzierung der ehemaligen Paramilitärs gedient anstatt einer vollständigen Aufklärung von Sachverhalten und der Wiedergutmachung für die Opfer eine Priorität einzuräumen. Darüber hinaus ist der Fortbestand einiger paramilitärischer Gruppierungen sowie das Auftreten neuer illegaler bewaffneter Gruppen Anlaß zur Besorgnis.

Besonders die letzten Jahre der Regierung Uribes waren jedoch auch von einer Anhäufung politischer Skandale geprägt. So brachten und bringen intensive Ermittlungen des obersten Gerichtshofes unter

⁴ AUC - Autodefensas Unidas de Colombia

dem Schlagwort „*parapolitica*“ die starke Vernetzung und Kooperation paramilitärischer Gruppierungen mit führenden Personen in Unternehmerschaft, Militär und Politik ans Licht, die bis in das Umfeld der Regierung reichen. Hinzu kommt eine ganze Reihe von aufgedeckten Bespitzelungsskandalen gegen Mitglieder der unabhängigen Justiz, der Medien und der Opposition, in die auch der direkt dem Präsident unterstellte Geheimdienst DAS⁵ involviert war. Am erschreckendsten und zugleich bezeichnend für die noch immer brisante Menschenrechtslage im Land erscheint jedoch der Skandal um die sogenannten „*falsos positivos*“. Diese sogenannten falschen Positivmeldungen stehen für eine große Zahl getöteter Zivilisten - endgültige Zahlen fehlen, Schätzungen verschiedener NGOs gehen jedoch von über zweitausend Menschen aus meist sehr armen Verhältnissen aus - die von Angehörigen der kolumbianischen Armee und einem Netz von Komplizen verschleppt, ermordet und danach als getötete Kämpfer der Guerilla ausgegeben wurden. Angespornt wurden die Täter durch die von der Armeeführung versprochenen Belohnungen für Erfolge im Antiguerillakampf.⁶ All diese genannten Vorfälle stehen exemplarisch für die bestehenden Schwächen des politischen Systems in Kolumbien, das nach wie vor große Hürden im Bereich der Korruptionsbekämpfung, im Kampf gegen politischen Klientelismus und zum Schutz der Menschenrechte zu überwinden hat.

Im Bereich der Außenbeziehungen baute die von der Regierung Uribe verfolgte Politik auf eine stabilen Allianz mit den USA, während die Mehrheit der Staaten Südamerikas gegenwärtig bewusst die regionale Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Washington betonten. Diese isolierte Haltung Kolumbiens führt somit auch zu kontinuierlich hohen Spannungen im Verhältnis zu seinen regionalen Nachbarn. Diese vermuten, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem offiziell der Bekämpfung des Drogenhandels und des Terrorismus verpflichteten Engagements in Kolumbien vor allem geostrategische Interessen im Bezug auf ganz Südamerika verfolgen. Besonders das im August 2009 geschlossene Militärabkommen zur Nutzung von sieben kolumbianischen Militärstützpunkten durch die USA wurde in der Folge stark kritisiert und im Rahmen eines Gipfeltreffens des südamerikanischen Integrationsmechanismus UNASUR, dem alle Staaten Südamerikas angehören, im argentinischen Bariloche öffentlich verurteilt.

Als besonders belastet erscheinen die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn Venezuela und Ecuador. Nach einem Angriff der kolumbianischen Armee auf ein Lager der FARC auf ecuadorianischem Gebiet im März 2008 kam es zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die sich seither nur sehr langsam wieder verbessern. Venezuelas Präsident Hugo Chávez hat nach dem Militärabkommen mit den USA sogar den zwischenstaatlichen Handel ausgesetzt und übt sich wiederholt in feindschaftlichen Tönen gegenüber der kolumbianischen Regierung. Auch wenn die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den beiden Nachbarn eher gering einzuschätzen ist, erscheint der bilaterale Konfrontationskurs zwischen den für einander wichtigen Handelspartnern besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise als problematisch und kontraproduktiv für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität in der ganzen Region.

⁵ DAS - Departamento Administrativo de Seguridad

⁶ Siehe dazu UN General Assembly/Human Rights Council: Philip Alston, Mission to Colombia. Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions (31.3.2010).

Sowohl die innere Entwicklung als auch die Außenbeziehungen Kolumbiens war in den letzten Jahren maßgeblich durch die Politik Alvaro Uribes geprägt. Das Ende seiner Präsidentschaft und der Antritt einer neuen Administration könnten die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung des Landes somit maßgeblich verändern. Die Wahl im Mai und die darauf folgende Stichwahl im Juni waren folglich mit großer Spannung erwartet worden.

Die Wahl

- Keine dritte Amtszeit für Uribe

Am 26. Februar hat der kolumbianische Verfassungsgerichtshof in einem mit Spannung erwarteten Entscheid eine dritte Amtsperiode des amtierenden Präsidenten ausgeschlossen. Zuvor hatten Anhänger des Präsidenten bereits seit 2008 in einer Petition zu einer Verfassungsänderung für die Möglichkeit einer neuerlichen Wiederwahl Uribes aufgerufen. Der kolumbianische Kongress beschloss im Herbst 2009 ein entsprechendes Gesetz, das nach einer positiven Volksabstimmung zu einer Verfassungsänderung hätte führen können. Der Verfassungsgerichtshof musste diesem Gesetz als letzte Instanz zustimmen, entschied jedoch dagegen. Uribe, der sich auch nach acht Jahren Amtszeit noch auf Popularitätswerte von rund 70 % innerhalb der Bevölkerung stützen kann, wäre im Falle seines Antretens wohl mit über 50 % der Stimmen bereits im ersten Wahlgang erneut zum Präsident gewählt worden. Durch sein Nichtantreten konnten sich nun jedoch auch die Kandidaten anderer Parteien wieder Chancen ausrechnen.

- Die erste Wahlrunde

Durch das Nichtantreten Uribes wurde Juan Manuel Santos zum Spitzenkandidat der Uribe-Partei, dem *partido de la U*, ernannt. Santos, dessen Familie zum politischen Establishment Kolumbiens gezählt wird, wurde von Beginn an als Kandidat der Kontinuität der aktuellen politischen Linie wahrgenommen. Als Verteidigungsminister in der Regierung Uribe war er bis Mai ein wesentlicher Akteur der „*seguridad democrática*“. Dennoch hat sich bald gezeigt, dass er nicht im gleichen Ausmaß auf die Umfragewerte des scheidenden Präsidenten bauen konnte. Geringeres Charisma und vor allem das Thema Korruption – ein Großteil der im oben genannten *parapolítica*-Skandal überführten Abgeordneten waren Teil der pro-Uribe Koalition im Kongress - machten ihm in seinem Wahlkampf zu schaffen. Dennoch galt Santos spätestens seit den erfolgreichen Kongresswahlen seiner Partei im März als Favorit für das Präsidentenamt.

Zum aussichtsreichsten Gegenkandidaten entwickelte sich überraschend der ehemalige Universitätsrektor und langjährige Bürgermeister von Bogota, Àntanas Mockus, der in der Vergangenheit eher mit unkonventionellen Methoden – so etwa dem Einsatz von Schauspielern zur Einhaltung der Verkehrsregeln in Bogota – aufgefallen war. Er trat zwar für die Grüne Partei, den *Partido Verde*, an, benutzte diesen jedoch eher als Wahlplattform als tatsächlich „grüne“ Anliegen ins Zentrum seines Wahlkampfes zu stellen. Durch sein unkonventionelles Auftreten, seine Distanz zum politischen Establishment und die Kooperation mit seinem designierten Vize Sergio Fajardo, dem

beliebten ehemaligen Bürgermeister von Medellín, konnte er die zentralen Punkte seines Wahlkampfes glaubhaft transportieren. Uribe's „*seguridad democrática*“ stellte er seine „*legalidad democrática*“ gegenüber, die primär für den Kampf gegen die Korruption, die Stärkung der Institutionen, eine Bildungsoffensive und Haushaltsseriosität stehen sollte. Allerdings befürwortete er auch weiterhin ein hartes Vorgehen gegen die Guerilla *á la* Uribe. Mockus positionierte sich von Beginn an als Kandidat der Mitte und der Protestwähler und distanzierte sich vor allem mit seinen wirtschaftspolitisch durchaus neoliberalen Ansätzen ebenfalls deutlich von der „linken“ Opposition, dem *Polo Democrático*. In seiner „Outsider“-Rolle bediente Mockus im Wahlkampf damit sowohl die Skepsis vor Korruption und Klientelismus als auch das kontinuierlich starke Bedürfnis nach Sicherheit und konnte vor allem bei jungen WählerInnen, gestützt durch den Einsatz neuer Medien und sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter, stark punkten. Das nationale und internationale Medieninteresse an dem Mathematik- und Philosophieprofessor Mockus war somit besonders nach den Wahlprognosen, die ihn kurz vor der ersten Wahlrunde sogar vor Santos sahen, entsprechend groß.

Wie oft in Kolumbien der Fall, hatten die Wahlprognosen schließlich jedoch nur begrenzte Aussagekraft und Santos konnte sich im ersten Wahlgang mit nahezu 47 % deutlich von seinem größten Kontrahenten Mockus (21,5 %) absetzen. Die KandidatInnen anderer Parteien konnten zwar durchaus Achtungserfolge erzielen - allen voran die Kandidaten des *Cambio Radical*, Vargas Lleras sowie des *Polo*, Gustavo Petro an dritter und vierter Stelle - hatten jedoch schlussendlich keine Chance auf einen Einzug in die Stichwahl. Enttäuscht hatte vor allem die Kandidatin der Konservativen (PCC), Noemi Sanín, sowie der Kandidat der Liberalen (PL), Rafael Pardo, die nur auf fünftem und sechstem Platz landeten.⁷

- **Die Stichwahl**

Der deutliche Erfolg von Santos bei der ersten Wahlrunde zeigt, dass der frühere Verteidigungsminister doch mehr von der Popularität des amtierenden Staatschefs Alvaro Uribe - dem „*uribismo*“ – profitieren konnte als anfänglich angenommen wurde. Uribe hatte sich demonstrativ hinter den Spitzenkandidat seiner Partei gestellt. Nach diesem eindeutigen Ausgang war bereits klar, dass für die Stichwahl am 20. Juni mit keiner Überraschung mehr zu rechnen war.

Bis zum endgültigen Entscheid konnte Santos sich in der Folge noch zusätzlich die Unterstützung der bisherigen Koalitionspartner PCC und *Cambio Radical* sowie von Teilen der Liberalen und der Gewerkschaftsbewegung sichern und seine Favoritenrolle dadurch weiter untermauern. Mockus schlug hingegen das Unterstützungsangebot des *Polo Democrático* aus. Der Wahlkampf selbst brachte kaum neue Themen oder Erkenntnisse, wodurch der Wahlerfolg von Santos keine sonderliche Überraschung mehr wurde. Auch die für Kolumbien nicht ungewöhnliche niedrige Wahlbeteiligung von nur rund 44,5 % war anhand des bereits absehbaren Ausgangs sowie des schlechten Wetters und der

⁷ Wahlergebnisse der Plätze Drei bis Sechs: Germán Vargas Lleras (*Partido Cambio Radical* – Partei des radikalen Wandels) 10,13%, Gustavo Petro (*Polo Democrático* – Demokratischer Pol) 9,15%, Noemí Sanín (*Partido Conservador Colombiano* – Konservative Partei Kolumbiens) 6,14%, Rafael Pardo (*Partido Liberal* – Liberale Partei Kolumbiens) 4,38%.

parallel verlaufenden TV-Übertragung der Fußballweltmeisterschaft durchaus erwartet worden. Die FARC, die zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatte, störte durch Überfälle, bei denen neun Sicherheitsbeamte sowie einige Guerilleros getötet wurden, die sonst im Rahmen demokratischer Standards abgehaltenen Wahlen.

Die schlussendlich hohe Zustimmungsrates von 69 Prozent für Juan Manuel Santos, eines der besten Ergebnisse eines Staatspräsidenten in der Geschichte Kolumbiens, verleiht ihm ein starkes politisches Mandat zur Umsetzung seines zukünftigen Programms. Dennoch ist auch das durchaus respektable Wahlergebnis von 27,5 % für Antanas Mockus, der in seinem Programm wesentliche Schwachstellen des Systems angesprochen hat, ein deutliches Signal für den Bedarf an Reformen in zentralen Punkten.

Fazit und Ausblick

Es besteht kaum Zweifel daran, dass Juan Manuel Santos im Kern die Politik der „*seguridad democrática*“ seines Vorgängers fortführen wird. Er kann hierbei sowohl auf ein starkes Wahlergebnis als auch auf eine breite politische Koalition von 85 % der Abgeordneten und SenatorInnen bauen. Allerdings hat Santos eine Politik der nationalen Einheit angekündigt und somit signalisiert, auch Ideen und Anliegen der anderen Kandidaten und der Opposition zu berücksichtigen. Ob er sich tatsächlich an dieses Versprechen halten wird, muss sich erst zeigen.

Womit ist nach dem Amtsantritt der Administration Santos aus heutiger Sicht zu rechnen?

- Im Zentrum seiner Politik wird weiterhin die interne Sicherheit und damit der bewaffnete Kampf gegen FARC und ELN stehen, einen politischen Dialog mit der Guerilla lehnt Santos in der gegenwärtigen Situation strikt ab.
- Es wird ebenfalls nicht bezweifelt, dass Santos an der engen Zusammenarbeit mit den USA festhalten wird. Neben der Kooperation im Rahmen des *Plan Colombia* wird weiterhin ein Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den USA angestrebt werden.
- Im Bereich der Menschenrechtssituation hat Santos eine Untersuchung und Evaluierung durch seinen designierten Vizepräsidenten Angelino Garzón, einen früheren Gewerkschaftschef, angekündigt. Es ist zu hoffen, dass in diesem Prozess Menschenrechtsorganisationen ausreichend Gehör finden werden.
- Als Prioritäten seiner zukünftigen Administration hat Santos zuletzt die wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung von 2,4 Millionen neuer Arbeitsplätzen, den Kampf gegen die Armut sowie die Reduzierung des öffentlichen Defizits genannt.
- Er signalisiert den Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen mit Ecuador und Venezuela. Seine aktive Stellung als ehemaliger Verteidigungsminister bei dem Angriff der kolumbianischen Armee auf ein FARC Lager in Ecuador sowie der in der Vergangenheit mit Venezuelas Präsident Chávez wiederholt medial ausgetragene Schlagabtausch werden eine Annäherung jedoch sicher nicht erleichtern. Dennoch wäre dies alleine für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens ein wichtiger Schritt.

- Schließlich wird es interessant sein zu beobachten welchen weiteren Einfluss der in Kolumbien extrem populäre Alvaro Uribe auch nach dem Ende seiner Amtszeit haben und wann bzw. ob es dem neuen Präsident gelingen wird aus dem Schatten des „uribismo“ zu treten.

Weiterführende Analysen zum Thema:

- Zu den Wahlen: Konrad-Adenauer-Stiftung (Auslandsbüro Kolumbien), Santos neuer Staatspräsident (Länderbericht - 21.6.2010).

http://www.kas.de/proj/home/pub/56/1/year-2010/dokument_id-19960/index.html

- Zur Menschenrechtssituation in Kolumbien: UNHCR, Report of the UNHCR on the situation of human rights in Colombia (4.3.2010).

http://www.hchr.org.co/documentoseinformes/informes/altocomisionado/Informe2009_eng.pdf

UN General Assembly/Human Rights Council: Philip Alston, Mission to Colombia. Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions (31.3.2010)

http://www.extrajudicialexecutions.org/application/media/Colombia%20Report%20A.HRC.14.24.Add.2_en3.pdf

- Zur Wiederwahl Uribes: International Crisis Group, Uribe´s possible third term and conflict resolution in Colombia (Latin America Report N°31 – 18.12.2009).

[http://www.crisisgroup.org/~media/Files/latin-](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/latin-america/colombia/31_uribes_possible_third_term_and_conflict_resolution_in_colombia.ashx)

[america/colombia/31_uribes_possible_third_term_and_conflict_resolution_in_colombia.ashx](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/latin-america/colombia/31_uribes_possible_third_term_and_conflict_resolution_in_colombia.ashx)

- Zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen Kolumbiens: International Crisis Group, Improving Security Policy in Colombia (Latin America Briefing N°23 – 19.06.2010).

<http://www.crisisgroup.org/en/regions/latin-america-caribbean/andes/colombia/B23-improving-security-policy-in-colombia.aspx>

- Zu den Beziehung Kolumbiens mit seinen Nachbarn: Friedrich Ebert Stiftung in Kolumbien, Reconstrucción de relaciones de Colombia y sus vecinos (Policy Paper N°31 – 07.2008).

<http://www.fescol.org.co/DocPdf/Policy-Paper-31.pdf> (spanisch)

Mag. Markus Schwarz-Herda ist Affiliated Researcher am oiiip mit Themenschwerpunkt Außenbeziehungen der Europäischen Union und Lateinamerika.

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiiip, 1090 Wien, Berggasse 7, www.oiiip.at